

Betreuungsvertrag Ökumenischer Kinderhort

ANLAGE 14a: Betreuungsvertrag

ID-Nummer des Vertrags: _____

Betreuungsvertrag

zwischen Geschwister-Gummi-Stiftung, Klostersgasse 8, 95326 Kulmbach

vertreten durch _____ (im Folgenden Träger genannt)

und Frau/Herrn (Name/n des/der Personensorgeberechtigten)

über die Bildung, Erziehung und Betreuung des Kindes (Name und Vorname des Kindes)

in der Kindertageseinrichtung (Name und Anschrift)

1. Daten des Kindes:

Geburtstag: _____ Geburtsort*: _____

Geschlecht: m w Religion/Konfession: _____

Staatsangehörigkeit: _____ Sprache/n* _____

2. Daten der Personensorgeberechtigten:

	1. Personensorgeberechtigte/r	2. Personensorgeberechtigte/r
Name:		
Vorname:		
Staatsangehörigkeit:		
Telefon**:		
E-Mail:		

*) freiwillige Angabe

**) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.

3. Aufnahmebedingungen und gesetzlich vorgeschriebene Informationen:

3.1. Nachweis der Früherkennungsuntersuchung (Art. 9b Absatz 2 BayKiBiG)

- Der Nachweis der letzten fälligen altersentsprechenden Früherkennungsuntersuchung wurde vorgelegt.
- Der Nachweis der letzten fälligen altersentsprechenden Früherkennungsuntersuchung wurde nicht vorgelegt. Es wurde auf die Verpflichtung der Personensorgeberechtigten zur Sicherung der Teilnahme des Kindes an den Früherkennungsuntersuchungen (Art. 14 Abs. 1 Gesundheitsdienst- und Verbraucherschutzgesetz) hingewiesen.

3.2. Nachweis über ärztliche Impfschutz-Beratung nach § 34 Abs.10a Infektionsschutzgesetz (IfSchG) – nur bei **Erstaufnahme** in eine Kita erforderlich

- Der schriftliche Nachweis über eine zeitnah erfolgte ärztliche Beratung in Bezug auf einen – vollständigen, altersgemäßen, ausreichenden – Impfschutz des Kindes wurde vorgelegt. Wurde der Nachweis der letzten fälligen altersentsprechenden Früherkennungsuntersuchung vorgelegt, ist damit auch der Nachweis über eine ärztliche Impfschutz-Beratung erbracht.
- Der schriftliche Nachweis wurde bereits in einer anderen Einrichtung vorgelegt.
- Der Nachweis der o. g. Impfberatung wurde noch nicht vorgelegt. Die Personensorgeberechtigten wurden darauf hingewiesen, dass die Einrichtung gemäß § 34 Abs. 10a IfSchG verpflichtet ist, das Gesundheitsamt, in dessen Bezirk sich die Einrichtung befindet, zu informieren, wenn innerhalb von 4 Wochen nach Aufnahme des Kindes in der Einrichtung kein Nachweis der o. g. Impfberatung vorgelegt wird. Dabei werden der Name des betroffenen Kindes sowie die Namen und Anschriften der Personensorgeberechtigten an das Gesundheitsamt übermittelt.

3.3. Nachweis eines Masernschutzes gemäß § 20 Abs. 9 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

- Es wurde ein Nachweis eines vollständigen Masernimpfschutzes, einer Masernimmunität oder einer dauerhaften medizinischen Kontraindikation vorgelegt.
- Der Nachweis eines Masern-Impfschutzes, der Masernimmunität oder einer medizinischen Kontraindikation gemäß § 20 Abs. 9 IfSG wird nach Vertragsschluss erforderlich. Die Personensorgeberechtigten verpflichten sich, vor der Aufnahme ihres Kindes den erforderlichen Nachweis vorzulegen. Sie sind darüber informiert, dass auf der Grundlage der gesetzlichen Vorschriften ein Aufnahmeverbot besteht und demgemäß die Einrichtung so lange nicht betreten werden darf, bis der entsprechende Nachweis erbracht wurde. Sollte der Nachweis nicht bis zur Aufnahme des Kindes erbracht sein, verpflichten sich die Personensorgeberechtigten dazu, den Elternbeitrag weiter zu leisten sowie Schäden zu ersetzen, die dem Träger in diesem Zusammenhang entstehen (z. B. entgangene Fördermittel).

3.4. Den Personensorgeberechtigten wurde eine ergänzende Belehrung nach dem Infektionsschutzgesetz ausgehändigt (Anlage 6 dieses Betreuungsvertrages).

3.5. Weitere **Mitteilungspflichten der Personensorgeberechtigten**

Der Gesetzgeber legt bestimmte Mitteilungspflichten für die Personensorgeberechtigten fest, die wir hier gesondert vertraglich festhalten müssen. Mit Unterschrift zu diesem Vertrag verpflichten sich die Personensorgeberechtigten somit zu folgenden Punkten:

3.5.1. Alle Daten in diesem Vertrag sind wahrheitsgemäß angegeben.

3.5.2. Alle Änderungen der in diesem Vertrag durch die Personensorgeberechtigten angegebenen Daten werden dem Träger unverzüglich mitgeteilt. Dies sind insbesondere:

- Änderung des Wohnsitzes und der Anschrift.
- Die Rückstellung des Kindes von der Aufnahme in die Grundschule nach Art. 37 Abs. 2 Bayerisches Erziehungs- und Unterrichtsgesetz wird dem Träger unverzüglich mitgeteilt. Der Träger erhält eine Kopie des Rückstellungsbescheides.

*) freiwillige Angabe

***) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.

Der Gesetzgeber hat festgelegt, dass mit einer Geldbuße belegt werden kann, wer entgegen Art. 27 Abs. 1 BayKiBiG oder im Falle des Art. 23a vorsätzlich oder fahrlässig eine Auskunft nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erteilt (Art. 33 BayKiBiG).

4. Vertragsdauer:

4.1. Das Kind wird ab dem _____ in die Einrichtung aufgenommen.

5. Hin- und Rückweg zur Tageseinrichtung/Abholberechtigte:

- 5.1. Die Aufsichtspflicht für den Hin- und Rückweg zur Einrichtung (sowie bei Schulkindern die Schulwege) liegt allein bei den Personensorgeberechtigten.
- 5.2. Das Bringen und Abholen von Schulkindern durch Erwachsene ist nicht zwingend vorgegeben. Sofern nicht etwas anderes ausdrücklich vereinbart ist, beginnt die Aufsichtspflicht der Tageseinrichtung in der Regel, wenn das Kind die Tageseinrichtung betritt und endet, wenn das Kind die Einrichtung verlässt.
Sollte ein Schulkind nicht in die Einrichtung kommen, so ist eine rechtzeitige Information durch die Personensorgeberechtigten zwingend erforderlich.
Sollten die Mitarbeitenden der Einrichtung im Einzelfall feststellen, dass gefahren erhöhende Umstände eingetreten sind (z. B. Gewitter, erhöhtes Verkehrsaufkommen, akute Erkrankung des Kindes), behält sich die Einrichtung vor, auf einer Abholung des Kindes durch Sie oder eine beauftragte Person (siehe Betreuungsvertrag Punkt 5.3) zu bestehen.
- 5.3. Die Leitung der Tageseinrichtung ist darüber zu informieren, wer zum Abholen des Kindes berechtigt ist. Die Personensorgeberechtigten versichern, dass die genannten Personen mit der Weitergabe ihrer Kontaktdaten für diesen Zweck einverstanden sind.

Neben den Personensorgeberechtigten sind folgende Personen abholberechtigt:

1. Name, Vorname _____

Telefonisch tagsüber erreichbar: _____

2. Name, Vorname _____

Telefonisch tagsüber erreichbar: _____

6. Beiträge der Personensorgeberechtigten:

6.1. Die monatlichen Elternbeiträge der Personensorgeberechtigten richten sich nach der gebuchten Zeit gemäß **Buchungsbeleg** und der **Elternbeitragstabelle**. Unter bestimmten Voraussetzungen ist die Übernahme der Elternbeiträge über das Jugendamt, den Sozialhilfeträger oder einen anderen Kostenträger möglich.

Die Personensorgeberechtigten haben einen Antrag auf Kostenübernahme durch das Jugendamt, den Sozialhilfeträger oder einen anderen Kostenträger gestellt. Bis zum Vorliegen eines positiven Bescheids des Kostenträgers haben die Personensorgeberechtigten den Beitrag zu entrichten.

Der **Buchungsbeleg** ist fester Bestandteil des Vertrags. Bei Änderungen der Buchungszeiten ist ein Änderungsbeleg erforderlich.

6.2. Zusätzlich werden Beiträge erhoben für:

*) freiwillige Angabe

**) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.

Mittagessen: _____ €/Tag

- 6.3. Der entsprechende Beitrag wird am Anfang des laufenden Monats per Lastschrift eingezogen.
- 6.4. Der Träger prüft jährlich, ob die Beitragshöhe noch angemessen ist, insbesondere hinsichtlich der Personalkosten. Bei Änderungen setzt er den zusätzlich oder ggf. weniger zu zahlenden Betrag nach billigem Ermessen (§ 315 BGB) fest. Beitragsänderungen werden rechtzeitig bekannt gegeben, spätestens drei Monate vor Wirksamwerden der Änderung. Mit der Unterzeichnung des Betreuungsvertrags erklären sich die Personensorgeberechtigten mit diesem Verfahren einverstanden.
- 6.5. Bei Krankheit oder sonstiger Abwesenheit des Kindes ist der Beitrag in voller Höhe zu entrichten. Gleiches gilt für die Schließzeiten gemäß Ziffer 5.1. und 5.2. der Ordnung für Tageseinrichtungen in evangelischer Trägerschaft (Anlage 1).
- 6.6. Wird die Einrichtung aufgrund der in Ziffer 5.3. der Ordnung für Tageseinrichtungen in evangelischer Trägerschaft (Anlage 5) aufgeführten Gründe geschlossen, entfällt die Pflicht zur Beitragszahlung am Ende des der Schließung folgenden Kalendermonats. Gleiches gilt für den Fall, dass behördliche Betretungs- und/oder Betreuungsverbote für Kinder ausgesprochen wurden.
- 6.7. Wenn und soweit aufgrund von Schließungen oder Einschränkungen der Betreuungsleistungen finanzielle Erstattungen von Elternbeiträgen durch Behörden erfolgen, werden die Erstattungen anteilig auf den Elternbeitrag angerechnet.
- 6.8 Ein weitergehender Schadensersatzanspruch ist ausgeschlossen, soweit die Ursachen für die Nichteinhaltung des vereinbarten zeitlichen Betreuungsumfangs nicht auf grob fahrlässigem oder vorsätzlichem Verhalten des Trägers beruhen.

7. Änderungen der Buchungszeiten:

Grundsätzlich gelten die gebuchten Zeiten für die Dauer des Betreuungsvertrags.

- Notwendig werdende Änderungen können jederzeit sowohl vom Träger als auch von den Personensorgeberechtigten mit einer Frist von drei Monaten vorgenommen werden.
- Wenn möglich, wird auf den Bedarf der Personensorgeberechtigten umgehend reagiert.
- Für das laufende Betreuungsjahr kann die Buchungszeit letztmalig mit Wirkung zum 31. Mai gekürzt werden. Eine Kürzung mit Wirkung zu Ende Juni oder Juli oder für August ist daher nicht möglich.

8. Kündigung des Platzes:

- 8.1. Die ersten zwei Monate ab Aufnahme des Kindes gelten als Probezeit. Vom Vertragsabschluss bis zum Ablauf dieser Zeit kann der Vertrag von beiden Seiten mit einer Frist von zwei Wochen zum Monatsende ohne Angabe von Gründen in Textform gekündigt werden.
- 8.2. Nach Ablauf der Probezeit kann der Vertrag von beiden Seiten mit einer Frist von vier Wochen zum Monatsende ohne Angabe von Gründen in Textform gekündigt werden. Macht der Träger von seinem Recht auf Änderung der Beiträge nach Nr. 6.4. Gebrauch, sind die Personensorgeberechtigten zur Kündigung mit einer Frist von vier Wochen nach Zugang dieser Erhöhungsmitteilung mit Wirkung für den Zeitpunkt berechtigt, zu dem die Beitragserhöhung wirksam werden soll.
- 8.3. Im laufenden Betreuungsjahr kann letztmalig mit Wirkung zum 31. Mai oder zum Ende des Betreuungsjahres (31.08.) gekündigt werden. Eine Kündigung mit Wirkung zu Ende Juni oder Juli ist daher nicht möglich.
- 8.4. Eine fristlose Kündigung ist nur bei Vorliegen eines wichtigen Grundes zulässig. Der Träger der Tageseinrichtung hat vor Ausspruch einer fristlosen Kündigung die Personensorgeberechtigten anzuhören. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere vor, wenn

*) freiwillige Angabe

**) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.

- die Personensorgeberechtigten wiederholt und trotz Abmahnung gegen die Regelungen des Betreuungsvertrags oder der Ordnung der Tageseinrichtung verstoßen oder nachhaltig einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit den pädagogischen Mitarbeitenden bei der Bildung, Erziehung und Betreuung der Kinder zuwiderhandeln;
- die Personensorgeberechtigten mit der Entrichtung der Beiträge für mindestens zwei Monate im Rückstand sind.

9. Haftungsausschluss:

Der Träger haftet in vollem Umfang für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit. Für einfache Fahrlässigkeit haftet der Träger nur, wenn es um die Verletzung wesentlicher vertraglicher Pflichten geht. Dies gilt nicht im Falle der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit.

10. Pädagogische Konzeption:

Grundlage der pädagogischen Arbeit des Hortes ist die Konzeption (nach § 45 SGB VIII). Sie wird regelmäßig überprüft, weiter entwickelt und in geeigneter Weise veröffentlicht.

11. Datenschutz:

Ein umfassender Datenschutz entsprechend dem Kirchengesetz über den Datenschutz der Evangelischen Kirche in Deutschland (DSG-EKD) wird gewährleistet. Die Kindertageseinrichtung sichert den Eltern zu, das Sozialgeheimnis zu wahren und die datenschutzrechtlichen Vorschriften einzuhalten, soweit sie bei der Erfüllung ihrer Aufgaben Daten über das Kind und seine Familie erhebt, verarbeitet und nutzt. Alle Datenträger (Akten, Computerdateien usw.), die die Kindertageseinrichtung über das Kind anlegt, werden gelöscht, wenn das Betreuungsverhältnis endet, die gesetzlichen Aufbewahrungsfristen abgelaufen sind und keine weiteren Gründe der Löschung entgegenstehen.

12. Anlagen:

Folgende Anlagen sind Bestandteil des Vertrags: (Zutreffendes jeweils ankreuzen)

- Anlage 1: –Datenblatt
- Anlage 2: –Einzugsermächtigung
- Anlage 3: –Buchungsbeleg für Buchungen mit Ferienzeiten und für Kurzzeitbuchungen
- Anlage 4: –Elternbeitragstabelle
- Anlage 5: –Ordnung für Tageseinrichtungen für Schülerinnen und Schüler
- Anlage 6: –Belehrung für Personensorgeberechtigte nach §34 IFSG
- Anlage 7: –Erklärung zum Heimweg und für Ausflüge
- Anlage 8: –Einwilligung in den Fachdialog zwischen Hort und Schule
- Anlage 9: –Merkblatt für den Umgang mit Speisen
- Anlage 10: –Formblatt zur Verabreichung von Medikamenten
- Anlage 11: –Vereinbarung zur Entfernung von Zecken
- Anlage 12: –Vereinbarung zum Besuch eines Schwimmbades
- Anlage 13: –Einverständniserklärung zum Erstellen und Nutzen von Foto-, Film und Tonaufnahmen

*) freiwillige Angabe

**) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.

13. Schlussbestimmungen:

- 13.1. Jede der Vertragsparteien erhält eine unterschriebene Ausfertigung des Betreuungsvertrags sowie aller unter Punkt 12. genannten Anlagen, die Bestandteil des Vertrags und rechtliche Vertragsbedingungen sind.
- 13.2. Alle Änderungen zu diesem Vertrag (z. B. der Buchungszeiten) bedürfen der Textform. Eine Änderung des Textformerfordernisses kann nur in Textform erfolgen.
- 13.3. Der Träger der Einrichtung erklärt sich nicht bereit zur Teilnahme an Streitbelegungsverfahren vor Verbraucherschlichtungsstellen im Sinne von § 36 Abs. 1 Verbraucherstreitbeilegungsgesetz (VSBG). Davon unberührt ist die Möglichkeit der Streitbeilegung durch eine Verbraucherschlichtungsstelle im Rahmen einer konkreten Streitigkeit bei Zustimmung beider Vertragsparteien (§ 37 VSBG).
- 13.4. Sollten sich einzelne Bestimmungen des Vertrags als ungültig erweisen, so wird dadurch die Gültigkeit des Vertrags im Übrigen nicht berührt. In einem solchen Falle ist die ungültige Bestimmung durch Beschluss der Parteien möglichst so umzudeuten oder zu ergänzen, dass der mit der ungültigen Bestimmung beabsichtigte Zweck erreicht wird.

Ort, Datum

Unterschrift des 1. Personensorgeberechtigten

Ort, Datum

Unterschrift des 2. Personensorgeberechtigten

Ort, Datum

Unterschrift des Rechtsträgers

Ort, Datum

Unterschrift der Einrichtungsleitung

Sollte – bei gemeinsamer elterlicher Sorge – nur ein/e Personensorgeberechtigte/r unterschreiben können, ist vor der Aufnahme des Kindes eine Vollmacht (ein Vollmachtsexemplar ist den Vertragsunterlagen beigelegt) vorzulegen. Sollte es aus tatsächlichen Gründen nicht möglich sein, vor der Aufnahme des Kindes diese Vollmacht unterschrieben vorzulegen, wird die folgende Erklärung abgegeben:

Erklärung:

Ich versichere, dass wir mit der Aufnahme unserer Tochter/unseres Sohnes in die Kindertageseinrichtung _____ einverstanden sind. Ich versichere, dass ich mich mit dem/der anderen Personensorgeberechtigten bei der Auswahl der Einrichtung abgestimmt habe und von diesem/dieser für den Abschluss dieses Vertrages bevollmächtigt bin. Die Vollmacht des/der anderen Personensorgeberechtigten werde ich nachreichen.

Ort, Datum

Unterschrift Personensorgeberechtigte/r

*) freiwillige Angabe

**) Die Angaben zu mehreren Telefonnummern und zur E-Mail Adresse sollen Ihre Erreichbarkeit für den Notfall sichern.